

Protokoll des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 26.02.2024

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 17:45 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

- Thies Teegen
- Marcus Haß
- Silke Engel
- Silke Haß
- Martina Scheel
- Niels Luithardt
- Kirsten Grundmann
- Christian Sach
- Thomas Bartels
- Gunilla Pugell
- Petra Jütting
- Esther Zelenka
- Kerstin Scheinert
- Andreas Kölln
- Anna-Maria Koolwaay
- Michael Niemann
- Fritz Bremer
- Janine Kolbig
- Tanja Speck
- Ralf Paulsen
- Michaela Pries

Beratende Mitglieder

- Klaus Rienecker
- Reinhard Vossgrau

Gäste

- Tilo von Riegen
- Helmut Figura
- Rüdiger Hannig
- Nicole Reinhold
- Nadine Sierks
- Britta Wiemeier
- Nadja Witt
- Leonie Welsch
- Uwe Janke
- Herr Zirchau
- Sabrina Kulke
- Herr von Riecken
- Leah Gebien
- Jens Handler
- Arne Braun

1. Begrüßung

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste und führt in das Thema Bevölkerungs- und Katastrophenschutz ein. Dabei betont sie die Wichtigkeit des Themas, da z. B. mobilitätseingeschränkte Menschen weniger Möglichkeiten haben, sich selbst zu retten.

2. Katastrophenschutz des Landes

Tilo von Riegen, Helmut Figura

Herr von Riegen begrüßt alle Anwesenden und äußert gleich zu Beginn seine Bereitschaft zukünftig mit den Mitgliedern des Landesbeirates zusammenzuarbeiten.

Er skizziert die Organisation des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland sowie die verschiedenen Zuständigkeiten von Bund und Land sowie der kommunalen Ebene. Der Katastrophen- und Bevölkerungsschutz basiert vor Ort zum großen Teil auf Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Engagement, wie z. B.

freiwilligen Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft und dem Technischen Hilfswerk. In diesen Organisationen sind über 10.000 ehrenamtlich Helfende in den Einheiten des Katastrophenschutzes sowie über 50.000 Feuerwehrmitglieder aktiv.

Herr von Riegen stellt mögliche Einsatzsituationen dar wie z. B. vermehrte Extremwetterereignisse, starke Migrationsbewegungen durch Kriege (2015 Syrien oder 2022 Angriffskrieg Russlands auf Ukraine) oder Cyberangriffe auf die Stromversorgung. Herausfordernd wird für den Bevölkerungsschutz in Zukunft die zunehmend älter werdende Gesellschaft sein.

Herr von Riegen stellt kurz den 10 Punkte Plan der Landesregierung zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes vor. Hierbei geht er intensiver auf die 2 Punkte „Warnung und Information der Bevölkerung verbessern“ und „Gemeinsame Koordinierung des Bevölkerungsschutzes stärken“ (dazu gehört auch eine Schutzstrategie für Menschen mit Behinderungen). Das Land bietet bereits viele Informationen z. B. zu Hitzeschutz oder dem Schutz vor Wassergefahren an, aber auch zum Bereich Vorsorge der Bevölkerung (siehe: [Informationen der Landesregierung zum Katastrophenschutz](#)). Außerdem hat die Landesregierung eine Broschüre in Leichter Sprache erarbeitet, die auch über ein Kontaktformular bestellt werden kann. Die Broschüre liegt als Anlage dem Protokoll bei. Die Mitglieder haben Anmerkungen und Fragen zu den folgenden Bereichen:

- Barrierefreie Informationen, insbesondere Warn App NINA, Informationen für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen
- Warnungen über das Festnetz- oder Lichtnetzsystem
- Eingeschränkte Möglichkeiten beim Aufbau von Vorräten, zum einen geringe finanzielle Mittel und bei geringem Wohnraum wie z. B. in besonderen Wohnformen
- Schilderung der Situation in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, also besonderen Wohnformen oder Werkstätten
- Aufbau von Vernetzungsstrukturen zwischen den Bundesländern
- Aufbau eines individuellen Notfallkoffers als ein mögliches System zur Anzeige von Bedarfen im Katastrophenfall
- Hohe Kosten bei Anschaffung von eigenen Notstromaggregaten zum besseren Eigenschutz bei beatmeten Menschen.

Ein Mitglied benennt den Verein Notfallregister e. V. Bürger und Bürgerinnen können dort ihre Unterstützungsbedarfe angeben, die dann im Notfall automatisch den Leitstellen zur Verfügung stehen. Diese Registrierung ist kostenlos. [Link zum Verein Notfallregister](#)

Herr von Riegen beantwortet - wenn möglich - die Fragen und bedankt sich für die Anmerkungen und Hinweise. Einige Punkte müssen geprüft werden, wie die Nutzung des Festnetzes bei Warnungen oder die Nutzung der Dienstleistungen des Vereins Notfallregister.

Am Ende betont Herr von Riegen den Bedarf und den Wunsch zur Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat, um einen besseren Bevölkerungsschutz für alle Personengruppen der Gesellschaft gewährleisten zu können. Es wird vereinbart, dass die Landesbeauftragte ihre Zusammenarbeit mit dem Innenministerium intensiviert und die Mitglieder des Landesbeirates später einbezogen werden.

Michaela Pries bedankt sich für den Austausch und verdeutlicht die Chancen eines gemeinsamen Prozesses.

3. Entwurf eines Ablaufplans für schriftliche Stellungnahmen

Arne Braun und Michaela Pries

Der Landesbeirat wurde im letzten halben Jahr zu zwei Stellungnahmen aufgefordert, einmal zum Thema Hitzeschutz und zum Landesantidiskriminierungsgesetz. Aufgrund dieser Erfahrungen erkennt Arne Braun den Bedarf an einem strukturierten Verfahren. Deshalb hat das Team der Landesbeauftragten einen Entwurf für einen möglichen Ablaufplan für schriftliche Stellungnahmen entwickelt. Arne Braun gibt einen Überblick über den möglichen Ablauf und erklärt einzelne Verfahrensschritte. Hierbei schlägt er ein vereinfachtes Verfahren zur Beschlussfassung der Stellungnahmen vor, was vorsieht, dass nur noch die Mitglieder abstimmen können, die sich in den Erarbeitungsprozess der Stellungnahme eingebracht haben. Dieser Vorschlag findet unter den Mitgliedern des Landesbeirats Zustimmung. Arne Braun wird den Entwurf zum Ablaufplan für schriftliche Stellungnahmen per Mail an die Mitglieder versenden und bittet um Rückmeldung der Mitglieder.

Arne Braun möchte einen Workshop zum Thema „Stellungnahmen schreiben“ anbieten. Dadurch möchte er mögliche Unsicherheiten und Hemmungen abbauen, damit mehr Mitglieder des Landesbeirates sich zutrauen, eine Stellungnahme zu schreiben. Die Mitglieder begrüßen dies und stimmen zu. Arne Braun wird einen Terminvorschlag machen.

4. Beschluss der Stellungnahme zum Thema Hitzeschutz

Michaela Pries

Michaela Pries erkundigt sich, ob die Mitglieder über die Stellungnahme informiert sind und ob es Änderungswünsche gibt. Michaela Pries bittet um Abstimmung. Die Stellungnahme wird mit einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen beschlossen.

5. Aktuelles

Michaela Pries, Arne Braun

Michaela Pries berichtet von der Übergabe der Teilhabeempfehlungen in Berlin.

Bericht zum Aktionsplan Gesundheit

Minister Heiner Lauterbach hat vom Aktionsplan Gesundheit berichtet und drei Punkte besonders hervorgehoben:

- Verbesserung von Vorsorgemöglichkeiten
- Stärkung spezialisierter Versorgung (medizinische Versorgungszentren für Erwachsene, MZEB)
- Bei Studien sollen zukünftig Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.

Bericht zur Reform der Werkstätten

Minister Hubertus Heil berichtete zur Reform der Werkstätten. Diese soll stufenweise erfolgen und das zentrale Ziel sei eine stärkere Orientierung am 1. Arbeitsmarkt. Hubertus Heil stellte klar, dass der Fortbestand der Werkstätten von der Bundesregierung nicht in Frage gestellt wird.

Zur Entgeltreform gab es keine klaren Aussagen. Es wurde keine zeitliche Perspektive genannt.

Überarbeitung Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)

Die Überarbeitung des BGG soll zügig umgesetzt werden. Eine zentrale Änderung soll eine verpflichtende Regelung zur Barrierefreiheit von privaten Unternehmen sein.

6. Verschiedenes

Ein Gast macht auf den Forschungskompass Mentale Gesundheit aufmerksam.
[Startseite | KOMMIT \(kommit-deutschland.de\)](https://www.kommit-deutschland.de)

Ein Mitglied berichtet von einem sozialpolitischen Hearing zum Thema Einbindung von qualifizierten Peers in Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe am 10.10. bei der Stadt Kiel.

Ein Mitglied organisiert am 6.5. um 15 Uhr in Kiel eine Demonstration. Der 5.5. ist der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

Arne Braun beendet die Sitzung um 17:44 Uhr.